



EINE BRÜCKE ZWISCHEN DEN WISSENSCHAFTS- KULTUREN MIT AUSBLICKEN

Katja Patzel-Mattern

Auszug aus dem Jahresbericht
2016 / 2017 des Marsilius-Kollegs





EINE BRÜCKE ZWISCHEN DEN WISSENSCHAFTS- KULTUREN MIT AUSBLICKEN

„Viele drängende Probleme unserer Zeit [...] verlangen [...] die Zusammenarbeit von Vertretern verschiedener Wissenschaftskulturen“, so schreibt das Marsilius-Kolleg auf seiner Homepage und setzt sich deshalb zum Ziel, eine Brücke zwischen den Kulturen zu bauen. Das gelingt ihm überzeugend. Das Überraschende sind dabei die vielen Ausblicke, die sich mir beim Montaglichen Gang über die Brücke, dem Gespräch mit den anderen Fellows, boten. Sie ließen mich Neues entdecken oder Bekanntes neu sehen, sind mein persönlicher Gewinn des Fellowjahres und strukturieren deshalb den Bericht.

Ausblick auf runde Köpfe

Die Fellowship begann anders als erhofft. Der Nachricht, dass meine Bewerbung erfolgreich war, folgte eine bedauernde Mail meines Tandempartners aus den Naturwissenschaften. Nur ich war in die Klasse 2016/2017 aufgenommen worden! Das bedeutete für mich bei aller Freude über das Fellowship zunächst, sich von einem liebgewonnenen Forschungsvorhaben, das ich ohne meinen Partner nicht weiterverfolgen wollte, zu verabschieden. Gemeinsame Stunden des Diskutierens, Schreibens, Verwerfens und Neuformulierens hatten das Projekt so sehr zu „unserem“ gemacht, dass es schlicht nicht denkbar erschien, es wieder in seine Einzelteile zu zerlegen. Wir würden nach alternativen Wegen der Zusammenarbeit suchen.

Damit stand fest, dass ich mich für meine Fellowship inhaltlich neu orientieren und ein alternatives Projekt im Marsilius-Kolleg vernetzen musste. Zu meiner Freude integrierten mich die Ethnologin Christiane Brosius und die Geografin Ulrike Gerhard in

ihr Vorhaben zur vergleichenden Stadtforschung im Kontext natürlicher und sozialer Ressourcenkonflikte. Hier konnte ich erste Forschungen zur Aneignung und Überwachung des öffentlichen Raums in Hamburg nach dem Ende der Choleraepidemie und dem Fall der Sozialistengesetze Anfang der 1890er Jahre einbringen. Es sollte eine anregende Zusammenarbeit im neuen Team werden – doch dazu später mehr.

Zunächst hatte ich schon beim Betreten der Brücke, die das Marsilius-Kolleg baut, einen Blick auf das erhascht, was das Kolleg einem abverlangt, aber zugleich auch bietet: die runden Köpfe Francis Picabias, in denen das Denken die Richtung ändert. Die Bereitschaft, offen für Neues zu sein und das Bereichernde in dem Neuen zu entdecken, prägte unsere Diskussionen. Nicht nur hörten wir, zumindest im ersten Semester, Montag für Montag neue Themen, dachten uns in sie ein und diskutierten sie angeregt. Auch unsere Präsentationen sollten sprachlich und konzeptionell offen sein. Der interdisziplinäre Kreis machte es notwendig, vertraute Blickweisen der eigenen Disziplin zu hinterfragen, um sie dem Fachfremden verständlich machen zu können. Die Diskussionen konfrontierten einen mit den Erfolgen und Grenzen dieser Vermittlungsbemühungen. So wandelte jedes Gespräch das vorgestellte Projekt; Neues entstand im disziplinenübergreifenden Austausch.

Ausblick auf einen bunten Strauß der Möglichkeiten

Zufrieden, mit einem neuen Projekt zwei interessante Kooperationspartnerinnen gefunden zu haben und neugierig auf all die Anderen und ihre Themen, lief ich auf der Marsilius-Brücke zu den ersten Montagsveranstaltungen. Ich ahnte nicht, dass sie schon direkt zu Beginn des Fellowjahres meinen Blick thematisch weiten würden. Die beiden ersten inhaltlichen Sitzungen des Kollegs wurden von der Psychologin Beate Ditzen und dem Juristen Marc-Philippe Weller gestaltet. Sie stellten ihre Überlegungen zur Leihmutterchaft als Herausforderung für die Psychologie und das Recht vor. Diskutiert wurden die Fragen, ob es angesichts der positiven Wirkungen von Eltern-Kind-Interaktionen ein Recht auf Elternschaft gäbe und wie vor diesem Hintergrund mit der rechtlichen Unsicherheit in Deutschland, die durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs in einem kalifornischen Leihmutterchaftsfall entstand, umzugehen sei. Das Gericht hatte die Elternschaft für ein Kind anerkannt, das durch eine Leihmutter zur Welt gebracht worden war, obwohl in Deutschland grundsätzlich nur diejenige Frau als Mutter gilt, die das Kind ausgetragen hat. Die kontroverse Aussprache machte deutlich – das Thema fordert eine Positionierung: Wie werden

eigene Eltern-Kind-Beziehungen imaginiert und angesichts dessen das Leihen und Verleihen weiblicher, körperlicher Fertigkeiten bewertet?

Diese Fragen haben eine Geschichte und mir schien es evident, dass diese der aktuellen Debatte eine zusätzliche Dimension erschließen kann. Auch wenn daraus keine direkten Schlüsse für aktuelles Handeln gezogen werden können – zu unterschiedlich sind gegenwärtige Formen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und technische Möglichkeiten – bieten sie doch Gedankenräume und Orientierungen für mögliche Folgen von Interventionen. Das fanden auch die Projektverantwortlichen. Eine weitere fruchtbare Kooperation jenseits der wöchentlichen Sitzungen im Kolleg begann. Sie führte zu einem Vortrag auf dem von Beate Ditzen und Marc-Philippe Weller veranstalteten Marsilius-Symposium „Leihmutterchaft – aktuelle Entwicklungen und interdisziplinäre Herausforderungen“, der zu einem Aufsatz für den Tagungsband ausgearbeitet wurde. Außerdem entstanden ein gemeinsamer Beitrag für das Forschungs-Magazin der Universität und ein Artikel für das Themenheft einer Publikumszeitschrift¹. Wesentlich anhand des Ammenwesens, das bis ins frühe 20. Jahrhundert in Europa verbreitet war, und anhand biblischer Beispiele der Leihmutterchaft konnte ich zeigen, welche Folgen obrigkeitliche Regulierungen des Leihens und Verleihens weiblicher, körperlicher Fertigkeiten historisch hatten, wie soziale Hierarchien in der Vergangenheit wirkten und welche Rolle überkommene Geschlechterleitbilder für die Bewertung von Reproduktionsarbeit haben. Für die aktuelle Debatte über die begrenzte Zulassung oder das Verbot von Leihmutterchaften lassen sich drei Schlüsse ziehen:

1. Die Anerkennung des Leihens und Verleihens weiblicher, körperlicher Fertigkeiten als Arbeit erzeugt Wissen über die Bedingungen und Folgen des Tuns. Unsere heutigen Kenntnisse über das Ammenwesen seit dem 17. Jahrhundert stützen sich wesentlich auf Überlieferungen offizieller Stellen. Die hier gesammelten und später weiterverwerteten Daten bildeten die Grundlage nicht nur für die Vermittlung von Angebot und Nachfrage im 17. Jahrhundert, sondern auch für den zunehmend kritischen Diskurs seit dem 18. Jahrhundert. Öffentlichkeit, so kann man resümieren, braucht Informationen, die durch Regulierungen hervorgebracht werden.



2. Umgekehrt entziehen private Arrangements infolge von Abhängigkeiten oder gesetzlichen Verboten Praktiken der öffentlichen Wahrnehmung, wie die Betrachtung von Leihmutterchaften vor der Etablierung der Reproduktionsmedizin zeigt. Die Folge ist eine weitgehend ungeschützte Stellung der sozial zumeist schlechter gestellten Verleihenden ebenso wie der Kinder. Sie können keine Rechte einfordern, verschlechtern häufig ihre Situation durch den Handel, der für sie manches Mal alternativlos war. Soziale Hierarchien werden auf diese Weise bestätigt und fortgeschrieben – was aktuell besonders auf globalen Märkten relevant ist.

3. Schließlich bleibt festzuhalten, dass sich Vorbehalte gegenüber der Leihmutterchaft ähnlich begründen, wie historische Vorbehalte gegen das Ammenwesen. „Beide Frauen kommen der Familieneinheit zu nahe“², die seit dem 18. Jahrhundert zu einem Ort der emotionalen Verbundenheit und zum Gegenentwurf einer äußeren Welt stilisiert wurde. Innerhalb dieses bürgerlichen Familienideals wurde der Frau die Aufgabe zugewiesen, nach innen zu wirken. Ihre Tätigkeiten im Bereich der Reproduktion galten fortan als Liebestätigkeiten, nicht als Arbeit, was in einer Marktgesellschaft mit einer fehlenden monetären Entlohnung einherging. Es stellt sich die Frage, inwiefern die aktuelle Diskussion um eine Zulässigkeit altruistischer Leihmutterchaft an die skizzierten, historischen Vorstellungen anschließen.

Die historischen Reflexionen machen deutlich, wie Positionen in der Debatte um die Ausgestaltung der Leihmutterchaft historisch fundiert und damit in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Erfordernissen der jeweiligen Gegenwart wandelbar sind. Überdies sensibilisieren sie für die Notwendigkeit, die Schwächsten im Gefüge der Austauschbeziehungen nicht aus dem Blick zu verlieren – in der Leihmutterchaftsdebatte die „Wunschkinder“, von denen in meinen Überlegungen am Rande die Rede ist, die aber bis zu ihrer Anerkennung in einem Dazwischen leben,³ und die Leihmütter, vor allem jene in wirtschaftlich prekären Situationen.

Meine Ausführungen dokumentieren, wie anregend und produktiv der Ausblick auf den bunten Strauß an Themen und möglichen Kooperationen, den die Marsilius-Brücke bietet, sein kann. Die Fellows des Kollegs sind begeisterte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die es verstehen, ihre Begeisterung weiterzugeben. Kaum ein Beitrag weckte nicht eigene Assoziationen, die Lust zum Weiterdenken des jeweiligen Themas im eigenen Fachgebiet machten. Neue Denkräume taten sich auf, die zugleich Luxus und Verführung waren. Angesichts des universitären Wettbewerbs um Exzellenz und Drittmittel sind Zeiten, die der ausschließlich interessen-

geleiteten Beschäftigung mit wissenschaftlichen Problemstellungen vorbehalten sind, ein großer Gewinn. Die Verführung bestand hingegen in der Weite der sich in diesen Zeiten öffnenden Denkräume. Man kann sich in ihnen verlieren.

Ausblick auf die Grenzen meines Materials

Im Zentrum meines Marsilius-Jahres aber stand die vergleichende Stadtforschung im Kontext natürlicher und sozialer Ressourcenkonflikte. Sie begleitete mich auf meinem einjährigen Weg über die Brücke des Marsilius-Kollegs. Der Austausch mit der Ethnologin Christiane Brosius und der Geografin Ulrike Gerhard, das gemeinsame Ringen um Vergleichsebenen, schärfte meinen Blick für die Potentiale und Grenzen meines Materials: Polizeiberichte aus dem Hamburg des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Aus Angst vor sozialen Unruhen angesichts der Verheerungen der gerade überstandenen Choleraepidemie und des Auslaufens der Sozialistengesetze wurde bei der Politischen Polizei eine kleine Einheit eingerichtet, deren Mitglieder als Arbeiter getarnt die Stimmung in der Bevölkerung beobachten sollten. Dies geschah wesentlich durch die Überwachung von Kneipen und öffentlichen Räumen, wie beispielsweise Kais, Lagerhallen und Baustellen. Die so entstandenen rund 20.000 Gedächtnisprotokolle belauschter Gespräche, von denen ein kleiner Ausschnitt ediert vorliegt,⁴ vermitteln ein Bild der in der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum der Stadt in der Zeit der Jahrhundertwende diskutierten Themen. Die zentrale Ressource, um die hier im Spannungsverhältnis zwischen politischer Polizei und belauschter Bevölkerung gerungen wird, ist die politische Partizipation. Das meint allerdings keineswegs vorrangig übergreifende Themen, wie die politische Ordnung oder die Eigentumsverhältnisse oder gar, wie von den Behörden gefürchtet, umstürzlerische Aktivitäten. Zumeist geht es um konkrete Belange des Stadtstaates. Dort wo übergreifende Themen behandelt werden, wird um ihre Einordnung durchaus kontrovers gestritten.

Mein Material, das wurde mir durch die Zusammenarbeit im interdisziplinären Team deutlich, kann eine Analyse des Streits um die Ressource politische Partizipation auf drei Ebenen fundieren:

1. Es erlaubt eine Rekonstruktion des Überwachungsnetzes kommunikativer Räume durch die Obrigkeit sowie der parallelen kommunikativen Aneignung dieser Räume durch die Überwachten. Dabei, so die Annahme, wird sich zum einen das Scheitern der Kontrollabsichten konstatieren lassen. Zu unspezifisch sind die formulierten



Ziele der Überwachung, zu heterogen die Orte und als Folge all dessen die Beobachtungen. Angesichts dessen reichen Mittel und Personal bereits vom Zeitpunkt der Implementation der Maßnahme nicht aus. Das Überwachungssystem bleibt ineffizient und beschäftigt sich wesentlich selbst. Hier böten sich Vergleiche mit anderen Überwachungssystemen der politischen Polizei im nationalsozialistischen Staat oder der DDR an. Zum anderen, und hier sind weitere Forschungen im Bereich der *digital humanities* notwendig, soll der These nachgegangen werden, dass es angesichts des Wegfalls politischer Restriktionen durchaus zu einer kommunikativen Mobilisierung kam. Interaktionen zwischen städtischen Kommunikationsräumen, ihre Bindung an Akteure unterschiedlicher sozialer Gruppen, die Verortung, aber auch Bewegung von Themen im Stadtraum im Untersuchungszeitraum sollen analysiert werden.

2. Aus der Vielzahl der überwachten Orte im vorliegenden Material ist das Geschehen in Kneipen besonders ausführlich dokumentiert. Von hier werden Gespräche in Gedächtnisprotokollen der beobachtenden Polizisten wiedergegeben. Trotz aller Problematik der Quellengattung der Gedächtnisprotokolle insbesondere im Rahmen

einer polizeilichen Überwachung böte das Material eine profunde Basis, um die Funktion von Kneipen im Prozess politischer Meinungsbildung zu untersuchen. Erste Analysen deuten darauf hin, dass sie, durchaus vergleichbar mit amerikanischen Saloons und Bars, der Ort sind, an dem Demokratie im Sinne demokratischer Meinungsbildung eingeübt wird. Trotz einer gewissen Homogenität der Besucherschaft in den überwachten Kneipen, die ja Grundlage der Vigilanz war, treffen hier konträre politische Meinungen aufeinander, die das parteipolitische Spektrum der Zeit zumindest zu großen Teilen widerspiegeln. In den sogenannten Stammtisch-Gesprächen, die hier wohl eher Tresen-Gespräche waren, werden Argumentations- und Widerspruchsstrategien, kurzum die Kommunikationsform der Debatte „erlernt“ – so die zu überprüfende These. Ob bestimmte Kneipen, z.B. sozialdemokratische Versammlungslokale, hier eine besondere Funktion übernahmen, sich einzelnen Akteuren oder Berufsgruppen hervortaten oder ein transnationaler Vergleich solcher vergesellschaftenden Kommunikationsorte übergreifende Prinzipien der Demokratieeinübung sichtbar macht, könnte Gegenstand weiterführender Untersuchungen sein.

3. Das Material stützt schließlich inhaltlich einen Beitrag zur Kulturgeschichte des Politischen. Es erlaubt eine genauere Bestimmung dessen, was für bestimmte Sozialgruppen, hier die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum, relevante Politikfelder waren. Dabei wird sich, sollten sich erste Ergebnisse bestätigen, erweisen, dass das primäre Politikfeld der untersuchten Akteure die Kommunal- oder Lokalpolitik ist. Im Zentrum des Interesses stehen wahrgenommene Missstände und daraus resultierende Konflikte im jeweils eigenen Nahraum. Er bildet häufig auch für Diskussionen nationaler oder internationaler Themen die Reflexionsfolie. Politik, so ließe sich zum jetzigen Zeitpunkt eine Arbeitshypothese formulieren, ist für die untersuchten Gruppen die Partizipation an Meinungsbildungsprozessen zu Themen, die eigene Lebenswelten maßgeblich beeinflussen.

Die Aufzählung macht deutlich: Mein Material fordert eine Konzentration auf die Ressource der politischen Partizipation, während die Kolleginnen sich insbesondere für die Ressourcen Nahrung und Umwelt interessierten. Beide Themen finden zwar auch in meinen Quellen Erwähnung, stehen aber nicht in ihrem Zentrum. Zudem, auch das verdeutlichen meine Ausführungen, wird sich die Funktion des Stadtraums für die Ressource der politischen Partizipation erst als Ergebnis der Analyse bestimmen lassen. Damit bleibt der Beitrag zu einer vergleichenden Stadtforschung undeutlich. Das gemeinsame Arbeiten mit Christiane Brosius und Ulrike Gerhard, das nur auf

der Brücke des Marsilius-Kollegs möglich war, eröffnete mir einen schärferen Blick auf die Grenzen des Materials, die zugleich die Grenzen der Interdisziplinarität sind, um ein Zitat Lichtenbergs abzuwandeln. Hier zeigt sich eine Herausforderung, die sich aus der angebotenen und geforderten Offenheit für Neues ergibt. Da mein Projekt erst nachträglich das Vorhaben der Kolleginnen ergänzte, war seine Passgenauigkeit begrenzt. Das erschwerte erste Schritte auf dem Weg einer interdisziplinären Analyse von Ressourcenkonflikten. Dabei verstärkte die zeitliche Differenz der Untersuchungsgegenstände die Herausforderung zusätzlich.

Doch die geschilderte Spannung durch die Grenzen des Materials zeitigte auch positive Effekte, die über die präzisere Bestimmung von Reichweiten meiner Quellen hinausreicht. Sie beförderte zum einen die interdisziplinäre Vernetzung durch eine Diskussionsrunde mit eingeladenen Vertretern der Stadtforschung aus den unterschiedlichen Fächern. Ausgewiesene Experten des Gebiets bereicherten die Diskussion im Kolleg über Chancen und Grenzen interdisziplinärer Stadtforschung. Zum anderen motivierte uns die inhaltliche Spannung, Methodenfragen zu fokussieren. Dies geschah durch eine exemplarische Begehung des Emmertsgrunds, die Verschränkungspotentiale von Geographie, Ethnologie und Geschichte anhand des hier gegebenen gemeinsamen Gegenstandes deutlich machte. Diese in der Geschichtswissenschaft aufgrund der Flüchtigkeit historischer Räume bisher kaum systematisch genutzte Methode der Stadtforschung gilt es weiter fruchtbar zu machen.⁵

Limitierten die Grenzen des Materials interdisziplinäre Zusammenarbeit einerseits inhaltlich, so motivierten sie sie andererseits methodisch. Durch den Blick von der Marsilius-Brücke auf die Bedeutung, die dem Untersuchungsmaterial für die Möglichkeiten interdisziplinärer Zusammenarbeit zukommt, wurde mir noch einmal deutlich, wie wichtig eine gemeinsame Projektentwicklung, die Vergleichsebenen anhand der Untersuchungsgegenstände definiert, für ihren Erfolg ist.

Das anregende Potential der Offenheit für Neues, Orientierung in der Vielfalt begeisternder wissenschaftlicher Themen und die Bedeutung der Untersuchungsmaterialien für das Gelingen interdisziplinärer Zusammenarbeit sind der Gewinn, den ich dem Gang über die Marsilius-Brücke verdanke. Seinen besonderen Wert erhält er durch meine Kooperationspartnerinnen und die Fellows, mit denen ich den Weg beschritten habe. Fachlich wie menschlich waren die Diskussionen in den

Montagsrunden für mich ein Höhepunkt am Beginn der Woche. Auch wenn wir nicht immer „drängende Probleme unserer Zeit“ in der „Zusammenarbeit von Vertretern verschiedener Wissenskulturen“ lösen konnten, so gelang es uns doch, sie schärfer zu fassen und Kommunikations- und Wahrnehmungsbarrieren zwischen den Wissenschaften zu überwinden. Dass dies mit viel Spaß und Kollegialität gelang, machte das Marsilius-Jahr zu einer Freude.

¹ **Katja Patzel-Mattern:** *Eine Form körperlicher Erwerbsarbeit?*, in: *Herder Korrespondenz Spezial: Kinder, Kinder. Ethische Konflikte am Lebensanfang*, April 2017, S. 40-43. Ausschnitte aus diesem Artikel sind eingeflossen in einen gemeinsamen Artikel in: **Beate Ditzen** u.a.: *Der gemietete Bauch*, in: *Ruperto Carola. Forschungsmagazin. Themenheft „Frau & Mann“*, Heidelberg 2017, S. 102-111.

² **Andreas Bernhard:** *Kinder machen - Samenspende, Leihmütter, künstliche Befruchtung. Neue Reproduktionstechnologien und die Ordnung der Familie*, Frankfurt a.M. 2014, S. 1434.

³ **Konrad Duden** u.a.: *Internationale Leihmutterchaft: Das Kind im juristischen Niemandsland*, in: *Forschungsbericht 2016 - Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht* https://www.mpg.de/9834841/JB_2016 (06.07.2017).

⁴ **Richard J. Evans:** *Kneipengespräche im Kaiserreich. Die Stimmungsberichte der Politischen Polizei 1892-1914*, Hamburg 1989.

⁵ Einen Eindruck, wie dies gelingen könnte, bietet **Karsten Michael Drohsel:** *Das Erbe des Flanierens. Der Soweneur - ein handlungsbezogenes Konzept für urbane Erinnerungsdiskurse*, Bielefeld 2016.